Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 4. Dezember 1926
Sonnabend Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5996. Postscheck: Berlin 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wert ★ Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr ★ Blitz im Bilde

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung hierauf bezüglicher Verzeichnisse. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
4 12. m
Nr. 566
10 Seiten

Deutsches Problem und italienische Frage

Betrachtungen vor der Genfer Tagung

fr. **Mailand**, 3. 12. (Eigenbericht)

Wenige Zeitungen nur befassen sich im Augenblick ausführlicher mit Fragen der Außenpolitik. Es ist so, als wenn von der Regierung die Parole „abwarten" ausgegeben wäre. Was gesagt wird, ist im allgemeinen wenig ergiebig. Der römische „Tevere" meint, daß der Krieg und die Friedensverträge ein deutsches Problem geschaffen hätten, mit dem sich die Franzosen, ob sie wollten oder nicht, beschäftigen müßten. Daneben bestehe aber auch noch die italienische Frage, die immer so bestanden habe, und die die Franzosen stets ignorieren möchten. Im Augenblick lägen die deutschen und italienischen Probleme parallel zueinander und könnten sich gegenseitig verstärken. Aus diesen Interessen könnten Schwierigkeiten entstehen, die man nicht vorhersehen könnte. In diesem Sinne wolle Italien die Eröffnung der Genfer Tagung erwarten.

Zur

Verstimmung gegen Paris

trägt heute auch die Haltung der Pariser Presse anläßlich des albanisch-italienischen Freundschaftsvertrages bei. Die französischen Behauptungen von einem verschleierten Protektorat, das Italien über Albanien ausüben wolle, werden vom „Giornale d'Italia" mit Empörung zurückgewiesen.

Der „Messagero" nimmt die

Erklärungen des Bundeskanzlers Seipel,

die er über den Anschluß und über die italienisch-österreichischen Beziehungen gemacht hatte, mit großer Befriedigung auf. Seipel, so sagt das Blatt, verweigert sich den Politikern, die zwischen Italien und Oesterreich Feindschaft stiften wollen und darum unwichtige Dinge übertreiben möchten.

Protestnote Kantons an England

Wegen der Verhaftungen in Tientsin

ex. **London**, 3. 12. (Eigenbericht)

Das Foreign Office hat von der Kantonregierung eine Protestnote erhalten, in der sie sich über die vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung von 14 Mitgliedern der Kuomintang-Partei in Tientsin beschwert. Die Verhaftung ist in der britischen Konzession durch britische Behörden erfolgt, die die Verhafteten der chinesischen Polizei des Marschall Chang Tso-lin ausgeliefert haben. In der Note heißt es, die Bereitwilligkeit, mit der die Engländer die Bitte der mandschurischen Behörden erfüllt hätten, zeige deutlich, daß die englischen Behörden absichtlich die politischen und militärischen Gegner der nationalen Regierung Chinas unterstützen.

Das sei unvereinbar mit dem internationalen Recht und mit dem Recht des chinesischen Volkes, sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine pronouncierte Kundgebung der britischen Behörden in China gegen die nationalen Bestrebungen des chinesischen Volkes.

Die nationale Regierung habe noch keine endgültigen Nachrichten über das Schicksal der 14 Leute. Es sei aber zu befürchten, daß sie unter dem Vorwand einer standrechtlichen Hinrichtung ermordet worden seien. Die Note schließt: „Falls dies das traurige Ergebnis der Konferenz zwischen dieser Männer durch britische Behörden in China in die Hände der mandschurischen Behörden sein sollte, wird das nationale China und die Regierung gezwungen sein, die britische Regierung verantwortlich zu machen und eine hinreichende Entschädigung für die verlorenen Leben zu fordern."

Der englische Gesandte Miles Lampson ist auch der englische Konsul in Peking, Davidson, nach Hankau abgereist. Lampson wird in Hankau mit Kantonbehörden verhandeln, denen er überhaupt offiziell in Peking sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat. Vor der Abreise aus Canton hatte Lampson eine Programmrede im Union-Club. Er sagte darin, er wolle nach China gekommen und wünsche nichts als „Fair play". Das Gerede von dem britischen Imperialismus in China sei Unsinn. Der einzige, was die Engländer wollten, sei, daß man ihnen erlaube, zu leben und friedlich ihren Handelsgeschäften in China nachzugehen.

★

Hongkong, 3. 12. (Sonderdienst der DAZ)

Die Kantontruppen verkünden, daß sie Fuchou besetzt haben.

Das „Japan-Institut" in Berlin

Eröffnung am 4. Dezember

Das „Japan-Institut" in Berlin wird Sonnabend, 12 Uhr mittags, durch eine Sitzung im Saal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schloß in Gegenwart der Reichs- und Staatsbehörden, der Vertreter der Wissenschaft und interessierter Kreise feierlich eröffnet werden. Das Institut hat den Zweck, die wechselseitige Kenntnis des geistigen Lebens und der öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und Japan zu fördern, und bildet somit ein wertvolles kulturelles Bindeglied zwischen der Kultur Japans und Deutschlands. Die Gründung des Instituts ist der energischen Initiative des Geheimrats Haber, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, und der tätigen Unterstützung des deutschen Botschafters Dr. Solf in Tokio sowie des japanischen Botschafters Nagaoka in Berlin zu verdanken. Die deutschen und preußischen Staatsbehörden sowie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft haben die finanzielle Fundierung des Instituts ermöglicht. Ein gleiches Institut wird mit Unterstützung der japanischen Regierung in Tokio ein gerichtet werden. Die beiden Leiter des Instituts sind Dr. phil. Traub, der bekannte Japanologe, und Zeitsuke Uno, Professor der Philosophie an der Universität Tokio. Das Institut hat eine für seine Zwecke sehr günstige Unterkunft in dem zweiten westlichen Querflügel des Schlosses gefunden.

Das Jugendschutzgesetz vom Reichstag angenommen

Mehrheit von Deutschnationalen bis Rechtsdemokraten

Im Reichstag wurde gestern abend das von der Linken scharf bekämpfte Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften mit 250 gegen 158 Stimmen bei bei Enthaltungen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Rechtsdemokraten, die zehn Stimmen stellten. Gegen das Gesetz stimmten der linke Zeit- und benachteiligten Fraktion, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Das Ergebnis wurde mit Pfiffen links aufgenommen.

★

Beim Abschluß des heftigen Kampfes um dieses Gesetz werden festgestellt zu werden, daß seine sachliche Bedeutung dem Aufwand an Aufregung und Eifer ganz gewiß nicht entspricht. Das große Geschrei links galt wohl auch mehr der Gesinnung, die hinter den Gesetzmitständen als dem Inhalt des Gesetzes. Die sich hier als Probe auf kommende kulturpolitische Auseinandersetzungen eine fast identische bürgerliche Front auftat, die sich schließlich nicht einmal durch so gigantische Probleme, wie die Aufrollung der Konfessionsfrage bei Kompromißversuchen zwischen Mitte und Rechtsopposition, aufhalten ließ — das muß allerdings dort verstimmt haben, wo man gern etwas anderes sähe als solches Zusammenarbeiten von Mitte und Rechts. Die Zentrumsmanöver haben unter Ueberwindung taktischer Hemmungen der Regierung praktische Waffenhilfe geleistet. Die Koalition ist zwar nicht völlig intakt geblieben, aber die demokratischen Reinsager haben bei anderen Fragen voraussichtlich den Anschluß zurückgewinnen.

Die nächste Zeit ist überreich an neuen Problemen. Gestern wurde über Zuckersteuerfragen diskutiert, morgen wird der Zusammenkunft mit einer Erhöhung des Zuckerzolls verbunden. Das Arbeitszeit- (Notz-) Gesetz wird, nach vor Weihnachten schwere wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzungen hervorrufen. Weitere wichtige Fragen und Vorlagen harren im Hintergrund. Alle mit dem gleichen Schwerpunkt: rechts oder links — das ist die Frage.

Weihnachtshilfe für die Beamten

Die Verhandlungen der Parteien über eine vor Weihnachten zahlbare Winterbeihilfe für die Beamten sind, wie wir erfahren, am Freitag noch nicht zum Abschluß gekommen, da die Fraktionen zu wichtgehende Forderungen stellten. Die Verhandlungen sollen am nächsten Donnerstag weitergeführt werden.

(Den Verlauf der Sitzung siehe 2. Seite.)

Entwaffnungsproblem und Chinafrage

Poincaré und Briand verhandeln mit Chamberlain

a. **Paris**, 3. 12. (Eigenbericht)

Am Quai d'Orsay wird folgendes offizielle Kommuniqué verteilt:

Nach mehrfachen, das am Quai d'Orsay stattfand, hat Sir Austen Chamberlain mit dem Ministerpräsidenten eine herzliche Unterhaltung gehabt. Hierauf haben die beiden Außenminister sich zusammengefunden, um die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik gemäß, insbesondere diejenigen Fragen, die zur Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates in Genf gehören. Sie haben ihre völlige Meinungsübereinstimmung festgestellt und beschlossen, in Genf ihre Besprechungen über verschiedene Einzelheiten fortzusetzen, die zu prüfen sie bei der heutigen Begegnung nicht mehr die Zeit fanden.

★

An dem Frühstück, das Briand heute mittag zu Ehren Chamberlains im Quai d'Orsay gab, nahmen auch Poincaré und Hermitte, der englische Botschafter, der Chargé und mehrere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes teil, sämtlich mit ihren Damen. Nach Beendigung des Frühstücks zogen sich Chamberlain, Briand und Poincaré zu einer längeren Unterredung in einen benachbarten Salon zurück. Ueber den Inhalt der Unterredung wird bisher nur bekannt, daß nicht nur das Entwaffnungsproblem, sondern auch andere außenpolitische Tagesfragen besprochen worden seien, insbesondere die Lage in China. Diese Tatsache verdient einige Beachtung, da die angelsächsische Presse bisher den englischen Interessen in China darauf hingedeutet scheint, daß sich hier wieder einmal Gelegenheit bot, ein in der interalliierten Diplomatie so beliebtes Taufschaukel auf Kosten Deutschlands abzuschlagen.

Die Entwaffnungsfrage wurde heute früh auch in einer

Sitzung der Botschafterkonferenz

abermals gepreist, die ebenfalls im Quai d'Orsay stattfand, und gleichzeitig tagte der französische Verteidigungsrat unter Vorsitz von Marschall Foch im Elysee, der sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit befaßt haben soll. An guten Ratschlägen für die Genfer Verhandlungen hat es Briand jedenfalls nicht gefehlt. Außenminister Zaleski aus Warschau ist in der Zwischenzeit nicht müßig gewesen und hat insbesondere die französische Presse erleuchtet, während der belgische Außenminister Vandervelde bekanntlich erst morgen hier eintrifft, aber jedenfalls mit Briand und vermutlich mit Chamberlain verhandeln will.

Es hat sich also in dieser Frage in Paris

eine richtige Bockenserie

zusammengefunden, deren Aufgabe Paris besteht, die Einheitsfront der Alliierten gegenüber Deutschland herzustellen. Die Pariser offizielle Presse findet dieses Vorgehen ganz „natürlich", und in der Tat kann selbstverständlich niemand die alliierten Staatsmänner hindern, auf ihrem Wege nach Genf über Paris zu fahren. Aber es scheint doch recht fraglich, ob dieses Verfahren, das allzu sehr an die Methoden der Nachkriegszeit erinnert, mit dem Geist von Locarno und mit der Gleichberechtigung Deutschlands sich vereinbaren läßt.

Der Plan einer Viermächtekonferenz

wird hier jetzt immer bestimmter angelegt. Es heißt, daß Polen, Belgien und andere französische Bundesfreunde Widerstände gegen diesen Gedanken zum Ausdruck brachten, da sie ihre Interessen durch eine derartige Konferenz bedroht sähen. Auszuhalten befürchtet man hier, daß sich aus dieser Zusammenkunft so etwas wie ein neuer Oberster Rat der Großmächte ergeben könnte, diesmal aber unter Beteiligung Deutschlands, was man natürlich nach Möglichkeit vermieden sehen will.

Im übrigen ist man hier geneigt, den gegenwärtigen Pariser Besprechungen im Zusammenhang mit den kommenden Genfer Verhandlungen die denkbar größte Bedeutung beizumessen, wobei insbesondere auf

die unsicheren Verhältnisse auf dem Balkan

und auf die Absichten der italienischen Politik hingewiesen wird. Einzelne Stimmen gehen sogar so weit zu behaupten, daß sich in den nächsten Tagen das Geschick der Neuordnerin Europas und der allgemeinen Orientierung der europäischen Politik entscheiden werde. Was die Verhältnisse auf dem Balkan betrifft, so wurde die in dieser Hinsicht herrschende Besorgnis durch die Nachricht über den Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages noch gesteigert. Man betrachtet diesen Vertrag auf französischer Seite als ein sehr einschneidendes Ereignis, das in der Praxis dasselbe bedeutet, ein italienisches Protektorat über Albanien zu errichten und das deshalb zu dem Französisch-serbischen Vertrag in Widerspruch stehe.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß der status quo Albaniens bereits durch den Völkerbundsgarantien ist und daß sich Italien also mit dieser neuen Abmachung an die Stelle des Völkerbundes setzt. Insbesondere aber befürchtet man als Folge des Vertrages eine Verschärfung der bereits zwischen Rom und Belgrad bestehenden Spannung, was die aus der letzteren Hauptstadt hier vorliegenden Nachrichten zu bestätigen scheinen.

★

Nach der Unterredung mit dem britischen Außenminister empfing Briand die

Vertreter der Presse,

denen er folgende Ausführungen machte: „Sir Austen Chamberlain und ich haben gemeinsam die Gesamtheit der auswärtigen politischen Fragen besprochen sowohl diejenigen der deutschen Entwaffnung wie auch die der Lage in China und im Mittelmeer. Bezüglich der Entwaffnungsfrage kann ich keinerlei Einzelheiten geben, um nicht die bereits bestehenden Polemiken noch zu verschärfen. Uebrigens befindet sich die Frage in den Händen der Sachverständigen zur weiteren Bearbeitung. Die Botschafterkonferenz wird als nächste Anfang ihrer Aussprache zu Ende haben. Es der Völkerbund bei der kommenden Ratssitzung den Auftrag erhalten wird, sich mit der Frage der Investitionen zu befassen, ist noch nicht entschieden. Die Frage steht jedenfalls nicht auf der Tagesordnung. Sie könnte aber trotzdem zu einer Diskussion kommen.

Die Fragen der Räumung des Rheinlandes und einer Kontrolle zu Sicherung für die Rheinlandkommission sind nicht aktuell.

Man beklagt sich, daß die Ereignisse sich nicht mit der gewünschten Schnelligkeit entwickeln. Im internationalen Leben werden aber nicht so schnelle Fortschritte gemacht. Die Wirtschaft befrieht zu auch Locarno erst seit drei Monaten, da der Pact erst mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft getreten ist. Ich habe jedoch nicht solange gewartet, um meinen guten Willen zu bezeugen, den mir die deutsche Gesetzesverfassung zu realisieren scheint.

Wenn ich von den von den Vertretern des Reiches vor der Unterzeichnung des Locarnopaktes geäußerten Wünschen nicht Rechnung tragen wollte, um den

Eindruck eines „Ruhpanbels"

zu vermeiden, so war ich bestrebt, sofort nach der Unterzeichnung eine Abhandlung des Besatzungsregimes herbeizuführen und ihnen Genugtuungen zu geben. Ein Vertrag kann immer verwirklicht werden gemäß der Gesetzesverfassung der daran Interessierten. Die Deutschen wollen allerdings bedeutende Zugeständnisse erhalten. Ihr Standpunkt ist der, wie er von Herrn Stresemann und Dr. Bell zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich kann den Herren mitteilen nicht das Recht streitig machen, über die Auslegung gewisser Vertragspunkte zu diskutieren. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Briand, daß die Creignisse in China große Vorsicht und Klugheit erfordern.

Sir Austen Chamberlain

äußerte ebenfalls im Laufe des Abends die Vertreter der französischen und englischen Presse. Er sagte etwa folgendes: „Ich habe mich mit Briand in Uebereinstimmung über den in Europa, die in Genf zur Verhandlung kommen werden. Als ich das letzte Mal in Paris war, habe ich erklärt, daß die Verträge von Locarno einen Uebergangspunkt für den Frieden in Europa bedeuten und daß man nicht zu unmittelbare Ergebnisse erwarten dürfe. Seit damals haben sich die Dinge nun entwickelt. Eine wesentliche Entspannung hat sich in Europa gezeigt, die sich selbst bis über den Ozean nach Amerika fühlbar macht und die zeigt, daß wir in eine neue Geschichtsepoche eingetreten sind.

Schwierigkeiten machen sich noch geltend, aber auf Grund der Besprechungen, die ich mit Briand hatte, und der Nachrichten, die ich aus Deutschland erhalten habe, bin ich der Ueberzeugung, daß wir

die gegenwärtigen Schwierigkeiten

durch einen gegenseitigen guten Willen überwinden werden. Die Politik der Zusammenarbeit bleibt das Fundament, auf dem das Friedensgebäude beruht. In dieser Zusammenarbeit, an der heute Deutschland teilnimmt, muß Italien einbezogen werden. Das wesentliche ist, daß die vier Regierungen sich annähern und sich zusammenschließen, um das besonnene Werk zu vollenden.

Was den englischen Standpunkt über die vielbesprochene

Viermächtekonferenz,

betrifft, sagte Chamberlain, daß die Frage nicht in den heutigen Besprechungen mit Briand berührt worden sei und daß Englands wohl jedenfalls den Standpunkt der italienischen Regierung im Verlaufe der Genfer Verhandlungen zum Ausdruck bringen werde. Auch über die Lage in China sei keine Entscheidung getroffen worden.

Ueber die Frage der

Entwaffnung Deutschlands

erklärte der britische Außenminister, daß er naturgemäß mit Briand darüber gesprochen habe. Man verhehle sich nicht, daß das britische und das französische Memorandum in verschiedenen Punkten voneinander abweiche, daß aber eine Regelung auf Grund der Zustimmung der übrigen Unterzeichner der Locarnoverträge zustande kommen werde. Er hoffe, daß in einem oder zwei Monaten die Kontrollkommission abberufen werden könnte. Es wirde die Erwägung der Dinge sein, wenn das Kontrollrecht nicht dem Völkerbund übermittelt werden könne. Diese Frage würde wahrscheinlich im Laufe der Ratssitzung geregelt werden.

Wie an französischer zuständiger Stelle verlautet, wird Briand am Sonnabend um 3 Uhr den belgischen Außenminister Vandervelde empfangen und morgen abend 8,40 Uhr mit Chamberlain die Reise nach Genf antreten.

Stresemann nach Genf abgereist

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hat sich Freitag abend, 9,15 Uhr, in Begleitung von Staatssekretär Dr. Schlesser und Ministerialdirektor Dr. Gaus nach Genf begeben. Zum Abschied hatte sich Reichsminister Dr. Rülz auf dem Bahnhofe eingefunden. Ministerialdirektor Dr. Offermann überbrachte im Namen des Reichskanzlers und Staatssekretär Dr. Weismann im Namen des preußischen Staatsministeriums Abschiedsgrüße. Unter den übrigen Anwesenden bemerkte man Ministerialdirektor Dr. Koepke vom Auswärtigen Amt und Ministerialdirektor Dr. Zechlin von der Presseabteilung der Reichsregierung.

Verhandlungen des Ratskomitees

Artikel 16 und 11 Kriegsgefahrzustand

wth. **Genf**, 3. 12. (Eigenbericht)

Das Ratskomitee für die Vorbereitung des französisch-polnisch-finnischen Antrages auf Ausgestaltung des Artikels 16 des Völkerbundspaktes erledigte in seiner heutigen Nachmittagssitzung die beiden letzten Vorschläge des Referenten de Brouckère. Es schlägt die Abfassung einer Liste militärischer und zivilter Vertrauensmänner vor, aus denen der Völkerbundsrat nötigenfalls Kommissäre entnehmen könnte, um sie im Falle eines Konfliktes an Ort und Stelle zu senden. Es schlägt weiter vor, die Rechtsabteilung mit einer Studie zu befassen, wie die Staaten ihre Gesetzgebungen einrichten könnten, um wirtschaftliche Sanktionen nötigenfalls anwenden zu können.

Dann beschäftigte man sich mit dem nunmehr stark in den Vordergrund tretenden Artikel 11 des Paktes: „Die Ratsmäßigkeit im Zeitpunkt des Kriegsgefahrzustandes." Dieses Prüfer wieder so unsympathische Wort hat man Bürgerrecht erhalten. Wenn die Kompetenzen des Völkerbundsrates für diesen Fall ähnlich ausgedehnt werden sollten wie man sich bisher den Artikel 16 dachte, würde sich eine ganz bedeutende Machterweiterung des Bundes ergeben. Es scheint nicht, daß alle Ratsmitglieder, auch nur sie die neue Abfassung theoretisch begrüßten, von ihr innerlich sehr begeistert wären. Lord Robert Cecil beantragte die Einsetzung eines Unterkomitees. Italien verscherte die Zeitnahme seiner Regierung. Rumänien, Polen und besonders Frankreich stimmten lebhaft zu. Letzteres erblickt das Kriegsrisiko nach Artikel 16 verspätet und wenig wirkungsvoll, hinsichtlich der Bestimmung des Angreifers unsicher. Das Unterkomitee wurde aus Cecil, Brouckère und Titulesco-Rumänien zusammengesetzt.

Die Schlußfassung des Komitees wird für morgen erwartet. Seine Vorschläge ergehen an den Völkerbundsrat, dem Benesch den Bericht erstatten wird.

★

Das Finanzkomitee tagte vormittags in quasi Unterkomitee, einzelne Mitglieder stellten den Antrag gegen die Bankrotterklärung, dass Deutschland, Niemeyer-England und Melchior-Deutschland für Prüfung des Berichtes der Danziger Regierung über die Finanzreform. Nachmittags behandelte sich das Komitee mit den gleichen Fragen.

Die deutsch-englische Industriekonferenz

ex. **London**, 3. 12. (Eigenbericht)

Die deutsch-englische Industriekonferenz hielt heute ihre erste Besprechung ab. Beide Reichsverbände waren durch je fünf Mitglieder vertreten. Der Vorsitz wurde von Geh. Rat Duisberg und Sir May Muspratt gemeinsam geführt. Bei den Besprechungen handelt es sich um einen allgemeinen Meinungsaustausch und um die Wiederbeleben der offiziellen Zusammenarbeit der beiden Verbände. Einzelprobleme besonderer Industriezweige stehen nicht zur Debatte. Erörtert wurden die Schwierigkeiten der Exporteure unter den gegenwärtigen Zollverhältnissen und die Vorarbeiten zur Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. Die deutschen Vertreter, die heute Gäste des deutschen Botschafters waren, sollen morgen abend wieder abreisen.

★

kbg. **Wien**, 3. 12. (Eigenbericht)

Königin Maria von Rumänien ist heute vormittag in Bukarest eingetroffen.

Rücktritt des dänischen Kabinetts

Kopenhagen, 3. 12. (Sonderdienst der DAZ)

Aus den gestrigen Wahlen sind die Konservativen und die Liberalen mit einer Majorität von fünf Stimmen über alle anderen Parteien zusammengenommen hervorgegangen. Ministerpräsident Stauning hat daraufhin heute morgen dem König den Rücktritt des Kabinetts eingereicht, der angenommen wurde.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist vom Völkerbundsrat zum Mitglied des „comité économique" ernannt worden. Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat die Wahl angenommen.

Koalitionsverhandlungen in Rumänien

Kriegsschiffbauten in Italien Mircescus Auslandsreise

x. **Bukarest**, 3. 12. (Eigenbericht)

Die Verhandlungen der Parteiführer, bei denen die Königin das entscheidende Wort führt, wird, begweden die Bildung einer nationalen Koalitionsregierung. Der bereits einmal fallengelassene Plan wurde wieder aufgenommen, da er die Möglichkeit bietet, allen Komplikationen zu begegnen. „Cuvantul" schreibt: „In kürzester Zeit sind wegen der Nationalregierung neue Erklärungen aufgetreten. Die Vermutung, ihrer Bildung wird die „Sanierung der Finanzen" dienen. So wird die Kabinettsumbildung, die Averescu sofort nach Votierung des Budgets angeregt hatte, eine neue Verzögerung erleiden." Eingeleitet wird die Umbildung durch die Uebernahme des Kriegsministeriums durch Averescu selbst, während Kriegsminister General Mircescu zur Beaufsichtigung rumänischer Waffenbestellungen nach Frankreich reist und nach seiner Rückkehr zum Chef des Generalstabs ernannt werden wird. Unverkennbar ist das Bestreben Averescus, dies wichtige Ressort in der kritischen Periode selbst in der Hand zu haben. Wie er in unruhigen Zeiten seinen Mann stellt, bewies er während seiner letzten Regierungsperiode im Jahre 1921, als er den Landesgeneralstreik mit rücksichtsloser Gewalt niederdrückte. Nach damals hatte er die faktische Leitung des inneren und Kriegsressorts übernommen.

Im übrigen sind die Nachrichten ausländischer Blätter, daß das Ableben des Königs unmittelbar bevorstehe, verfrüht. Nach Ansicht der Aerzte wird der König noch wochenlang leben, so daß während dieser Zeit alle Vorbereitungen in Ruhe getroffen werden können.

★

kbg. **Wien**, 3. 12. (Eigenbericht)

Die „Reichspost" meldet aus Bukarest, daß sich eine rumänische Marinekommission nach Italien begeben wird, um den Bau der bei der Firma Paterson in Neapel bestellten Kriegsschiffe zu übernehmen. Rumänien hatte zwei Zerstörerbootsjäger, zwei Unterseeboote und ein Kriegsschiff bestellt, die in drei Jahren geliefert werden sollen. Angeblich steht auch die schon mehrfach angekündigte Reise des rumänischen Kriegsministers Mircescu mit diesen Rüstungen in Verbindung. Mircescu, so behauptet, wurde von der französischen Regierung eingeladen, einige französische Waffen- und Flugzeugfabriken zu besichtigen, weil Frankreich davon Rumänien erlangt hatte, daß Rumänien in Italien große Waffenbestellungen plant.

★

kbg. **Wien**, 3. 12. (Eigenbericht)

Königin Maria von Rumänien ist heute vormittag in Bukarest eingetroffen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Verkehrsnotiz vom 4. 12. (Letztbezahlt)

	3. 12	2. 12		3. 12	2. 12
Tage. Geld	3 1/2	3 1/2	Lond. 60T.	4,867 ist	4,8675 ist
Nachgeld			Paris	3,91	3,91
90 Tage B	3 1/2	3 1/2	Brüssel	13,91	13,9
ok. ok. G	3 1/2	3 1/2	Amsterd.	36,08	36,08
6-Monatswechsel			Zürich	19,2	19,26
Handel. Kurz	4 1/2	4 1/2	Wien	26,26	26,26
ob. Schatzbriefe	4 1/2	4 1/2	Kopenh.	26,52	26,53
Serie Mittelst.	3,79	3,79	Prag	2,96	2,96
...	—	—	Madrid	4,34	4,285
Call-Geld			Berlin	23,8	23,81
Tägl. Geld	4,85 1/2	4,84 1/2	Mailand	5,84	5,85

New York Börse

				3. 12.	2. 12.
St. Louis Pref.	64	64	Am. Zucker	105	105
Atch. Top. Pref.	95	95	Am. Tobacco	97	96
Baltimore & Ohio	45	46	Brooklyn Union	101	101
Canad. Pacific	143	143	Chrysler	34	34
Chesapeake Ohio	163	165	Int. Harv. Corp.	99	99
Chic. Milwaukee	8	8	Kennecott	50	50
Erie	43	43	Nat. Biscuit	101	101
Illinois Cent. Pref.	155	155	Pennsylvania	57	57
Pennsylvania	56	56	Reo Motor	41	40
Reading	90	90	Sinclair Oil	14	14
Southern Pacific	106	105	Pulp. Aust. 50	91	90
Union Pacific	139	139	Ver. St. St.	113	113
American Can	52	52	Elektrowerke	96	—
Anaconda	47	47	Fiat Kruppa 29	1,00	1,00
Bethl. Steels	46	46	Gesfürel	98	97
Am. Smelt. Secur. A	61	61	Ges. Elektr. Unt.	114	113
General Motors	144	142	Rh. W. El. 1930	101	101
Inter. Harvester	142	141	Lonza Tell.	105	105
Standard Oil N. J.	38	39	Siemens Wer. 45	100	100
Indelaide	5	5	Siemens u. H. 1928	—	—
U. S. Steel Corp.	150	149	Ang. Thyssen	102	102
Atlantic Gulf & W. I.	5	5	N.V. Stahlw. A. G.	100	100

New York, Produktenmarkt

	3. 12.	2. 12.		3. 12.	2. 12.
Lieferungsbasis	3,00	3,00	Weizenmehl	3,50	3,50
Alb. Loko	12 1/4	15	Sesamsaat Blab.	39,50	39,50
Mai	13,5	13,10	Leinsaat Mont.	1,45	1,45
Okt.	14,25	14,01	Reis extra fine	8,00	8
Dez.	14,25	14,25	Zucker Loko	5,60	5,29
Juli	13,75	13,7	Dez.	7,98	8,21
Mai	13,75	13,75	Kaffee Santos	13,5	13,5
Mais Loko	12,15	12,45	Tank	5,71	5,71
Dez.	12,75	12,22	Schmalz wh.	13,75	13,75
Jan.	11,69	12,00	Schweine Chic.	14,75	14,75
Mai	11,55	12,25	Speck	15	15
Mehl	1,14	12,47	Baumwolle Loko	3,21	3,18
Lieferungsbasis	63,00	62,00	Mai	3,14	3,11
Kaffee Santos	13,50	13,50	Futures Sept.	36	36
Rio	19,15	19,87	Okt.	35	35
Bis	9,00	8,00	Dez.	35	35
Cuba	7,05	7,10	Jan.	35	35
Zucker	20,50	20,0	Baumw. N. Orl.	11,63	12,00

	3. 12.	2. 12.		3. 12.	2. 12.
Weizen, rot	1,9 1/4	1,92	Amtl. Sp.	6,75—7,25	6,75—7,25
Hartwinter	1,26 1/4	1,18	Inoffz. Engl.	5,0 —6	5,0 —7,0
Mais	86 1/4	87 1/4	Hafer	25—30	25—30

Chicago, Produktenmarkt

	3. 12.	2. 12.		3. 12.	2. 12.
Weizen Dez.	140	141	Schweine Januar	12,87	12,50
Mai	140	141	Speck Januar	13,22	12,52
Mais Dez.	81	82	Rippen Januar	14,05	13,90
Mai	81 1/2	82 1/2	Schmalz Januar	11,90	11,80
Hafer Dez.	43	43	Schweine Mai	12,95	12,75
Mai	48	47 1/2	Speck Mai	11,80	11,70
Roggen Dez.	92	93	Rippen Mai	12,05	12,10
Mai	93	93	Schmalz Mai	30,000	40,000
Schmalz Dez.	12,70	12,72	Futures	90,000	110,000

Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes

Allgemeine Bestimmungen — Betriebsgefahrenschutz — Arbeitsaufsicht

Will man den Regierungsentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, der in diesen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben wird, richtig beurteilen, so muß man sich darauf einstellen, daß das neue Gesetz keineswegs nur zur direkten Hebung der wirtschaftlichen Produktivität beitragen soll, sondern daß auch die sozialpolitische, kulturellen oder hygienischer Art eine maßgebende Rolle spielen. In den Ausführungsbestimmungen, die über das Arbeitsschutzgesetz hinaus, insbesondere das Arbeitszeitproblem letzthin eingesetzt und zu mancher Ablehnung geführt haben, dürfte oft der Fehler liegen, daß man zu ausschließlich rein ökonomische Maßstäbe an das Gesetz gelegt werden. Mit Recht schrieb vor einigen Monaten der Geschäftsführer der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Dr. Tänzler, (in Nr. 372 der „DAZ" vom 12. August): „Die deutsche Wirtschaft muß sich darauf einrichten, daß dieses Gesetz weniger die wirtschaftlichen Aussichten auf Steigerung und Verbilligung der Produktion, sondern mehr die Erhaltung und den Schutz der Persönlichkeit des Arbeiters betonen wird. Für diesen Standpunkt reiner Sozialpolitik erscheint es wohl denkbar, daß eine Arbeitszeitbestimmung auch dann für durchführbar gehalten wird, wenn sie eine Gefahr des Leistungsrückgangs der Betriebe zuführen geeignet ist, sofern sie nur arbeitshygienisch begründet ist." Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir keineswegs auf dem „Standpunkt reiner Sozialpolitik", der völlig isoliert gegen wirtschaftspolitische Notwendigkeiten ist, stehen und daß wir die Gewogen und Bedingungen sozialer Maßregeln, die heute besonders eng gezogen sind, sehr wohl erkennen. Ebenso lehnen wir aber auch eine Methode ab, die ökonomisch isoliert nur mit zifferamäßigen Berechnungen alle Arbeitsprobleme zu lösen sucht und außerwirtschaftliche Werte nicht gern gelten läßt.

Das Arbeitschutzgesetz steht vor der unlösbaren Aufgabe, in diesem Zwiespalt den richtigen Weg zu finden und es beiden Parteien — den Vertretern sozialer Forderungen und der Produktionsinteressen — recht zu machen. Alle Angaben lassen darauf schließen, daß der bevorstehende Kampf um den Entwurf sehr erbittert sein wird, wobei man nur hoffen darf, daß es schließlich zu einem „Frieden ohne Sieger und Besiegte" kommen wird. Ueber die Vorgeschichte und Wichtigkeit der neuen Gesetze haben wir uns schon im Sommer d. J. (Nr. 291 „DAZ" vom 25. 6.), als der Regierentwurf fertiggestellt war, ausführlich geäußert. In dah wir heute auf den Inhalt der wichtigsten Bestimmungen eingehen können. Unter Ablösung zahlreicher unübersichtlicher Verordnungen und Gesetze trifft der neue Entwurf auf folgenden Gebieten eine Neuregelung: Schutz gegen Betriebsgefahren, Arbeitszeitschutz einschließlich eines erhöhten